S 8 RA 804/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen
Sozialgericht Sozialgericht Dresden
Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 8
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren AAÜG, Zusatzversorgung, technische

Intelligenz, VEB Komplette

Chemieanlagen

Dresden, Linde-KCA-Dresden-GmbH,

Jointventure

Leitsätze -

Normenkette § 1 Abs 1 AAÜG

§ 8 AAÜG

Anlage 1 Nr. 1 AAÜG

Art. 19 EinigV

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 RA 804/03 Datum 20.10.2004

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

- I. Die Klage wird abgewiesen.
- II. Auà dergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Die KlĤgerin begehrt von der Beklagten die Feststellung von Zeiten der ZugehĶrigkeit zur zusĤtzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz.

Der Kl \tilde{A} ¤gerin wurde von der Ingenieurschule f \tilde{A} ¼r Bauwesen Z. am 1965 die Berufsbezeichnung Techniker und von der Ingenieurschule f \tilde{A} ¼r Bauwesen L. am 1969 die Berufsbezeichnung In-genieur verliehen. Im Ausweis f \tilde{A} ¼r Arbeit und Sozialversicherung (SV-Ausweis) ist f \tilde{A} ¼r die Zeit vom 01. Januar 1990 bis 30. Juni

1990 die Tätigkeit "Verkaufsingenieur Ausland" ver-zeichnet. In den Spalten "Stempel und Unterschrift des Betriebes" enthält der SV-Ausweis zum einen den Stempel des VEB Komplette Chemieanlagen D. (nachfolgend VEB KCA ge-nannt), Ernst-Thälmann-StraÃ□e 25-29 � Spalte 3 � und zum anderen den der Linde-KCA-D.-GmbH (nachfolgend Linde KCA GmbH genannt), Ernst-Thälmann-StraÃ□e 25-29 � Spalte 7. Der letzte Ã□nderungsvertrag zum Arbeitsvertrag zwischen dem VEB KCA und der Klägerin vom 1981 datiert auf den 1989.

Am 01. März 2001 beantragte die Klägerin bei der Beklagten, die Zeiten ihrer Beschäftigung vom 01. September 1969 bis 30. Juni 1990 als Zeiten der Zugehörigkeit zum Zusatzversor-gungssystem der technischen Intelligenz nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberfüh-rungsgesetz (AAÃ□G) festzustellen.

Mit Bescheid vom 15. November 2002 lehnte die Beklagte die begehrte Feststellung ab. Zu Zeiten der DDR habe weder eine positive Versorgungszusage vorgelegen, noch sei am 30. Juni 1990 eine Besch \tilde{A} ¤ftigung ausge \tilde{A} ½bt worden, die � aus bundesrechtlicher Sicht � dem Kreis der obligatorisch Versorgungsberechtigten zuzuordnen w \tilde{A} ¤re.

Die Klägerin legte unter dem 05. Dezember 2002 gegen diesen Bescheid Widerspruch ein. Mit Widerspruchsbescheid vom 26. März 2003 wies die Beklagte den Widerspruch zurýck. Zur BegrÃ⅓ndung führte sie im Wesentlichen aus, dass die Klägerin im Juni 1990 keine Be-schäftigung in einem volkseigenen Produktionsbetrieb, sondern in der Linde KCA GmbH ausgeþbt habe. Hinsichtlich der Privatisierung eines VEB komme es ausschlieÃ□lich auf die amtliche Eintragung im Handelsregister und die Löschung im Register der volkseigenen Wirt-schaft an.

Hiergegen hat die KlĤgerin am 29. April 2003 (Eingang bei Gericht) vor dem Sozialgericht Dresden Klage erhoben. Sie trÄxgt im Wesentlichen vor, dass sie am 30. Juni 1990 Angehörige des VEB Chemieanlagenbau-Kombinat-L.-G. (nachfolgend VEB CLG genannt) gewesen sei. Der VEB CLG sei staatliches Leitungsorgan ihres BeschÄxftigungsbetriebes VEB KCA gewe-sen und erst am 28. Juli 1990 privatisiert worden. Zwischen den Gesellschaftern VEB CLG und Linde AG sei am 19. Juni 1990 ein Joint Venture abgeschlossen worden, wonach sich die Linde AG lediglich mit einer Sach- und Kapitaleinlage von 68 % am VEB KCA beteiligt habe. Der Linde AG-Anteil am Eigentum des VEB CLG habe somit nur im einstelligen Pro-zentbereich gelegen. Die Umwandlung des VEB KCA in die Linde KCA GmbH sei ausweis-lich des Registers der volkseigenen Wirtschaft erst am 01. Juli 1990 erfolgt. Am 30. Juni 1990 sei die Linde KCA GmbH dem Anteilseigener VEB CLG und somit dem Ministerium für Chemische Industrie unterstellt gewesen. Der VEB KCA sei über den 30. Juni 1990 bilanz-technisch, arbeits- und rentenrechtlich als VEB weitergeführt worden. SchlieÃ∏lich führt sie aus, dass sie Genehmigungen für die Zusatzversorgung vergleichbarer Mitarbeiter der Linde KCA GmbH als Widersprüche und Ungleichbehandlung empfinde.

Die KlĤgerin beantragt, den Bescheid der Beklagten vom 15. November 2002 in Gestalt des Widerspruchsbe-scheides vom 26. MĤrz 2003 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, die Be-schĤftigungszeit vom 01. September 1969 bis 30.

Juni 1990 als Zeit der Zugehörigkeit zum Zusatzversorgungssystem der technischen Intelligenz nach Anlage 1 Nr. 1 zum AAÃ∏G festzustellen.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Begründung verweist sie auf den Widerspruchsbescheid und führt ergänzend und vertie-fend aus, dass der VEB KCA am 30. Juni 1990 zwar noch bestanden hätte, weil dessen Rechtsfähigkeit durch die im Rahmen eines Jointventure gegründete Linde KCA GmbH nicht beendet worden sei. Die Beschäftigungsverhältnisse hätten aber ab Eintragung der Linde KCA GmbH nur noch zu diesem Arbeitgeber bestanden. Dass der VEB KCA keine wirtschaftliche Tätigkeit mehr verrichtet habe, ergebe sich unter anderem daraus, dass nur für die Linde KCA GmbH eine DM-Eröffnungsbilanz erstellt worden sei, nicht auch für den VEB KCA. Damit könne am 30. Juni 1990 ein Beschäftigungsverhältnis nur zur Linde KCA GmbH bestanden haben.

Im Rahmen der Beweiserhebung hat das Gericht einen Auszug aus dem Register der volksei-genen Wirtschaft vom VEB KCA, Registernummer 110-12-862, beigezogen. Au̸erdem lagen dem Gericht Auszüge aus dem Handelsregister beim Amtsgericht Dresden von der Linde KCA GmbH, HR B 1518, und aus dem Handelsregister beim Amtgericht Berlin-Charlottenburg von der KCA GmbH, HR B 47015, vor. ̸ber die Gründungsmodalitäten der Linde KCA GmbH befinden sich in der Gerichtsakte ein Bericht der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft über das notarielle Gründungsprotokoll vom 25. April 1990 des Staatlichen Notariats Dresden (Stadt), der bilanzierte Einbringungs-status zum 25. April 1990, null Uhr des Betriebs KCA des VEB KCA im VEB CLG und die ErĶffnungsbilanz zum 25. April 1990 der Linde KCA GmbH, der Bericht über die DM-Eröffnungsbilanz zum 01. Juli 1990 der Linde KCA GmbH und eine Auskunft des Amtsge-richts Dresden zur ErlĤuterung der fehlerhaften LĶschung des VEB KCA im Register der volkseigenen Wirtschaft vom 22. Juli 2003. Schlie̸lich lagen dem Gericht der Gründungsbericht der KCA GmbH vom 04. Dezember 1992, die Niederschrift über eine auÃ∏erordentliche Gesellschafterversammlung der KCA GmbH vom 22. Dezember 1992 und der Gesellschaftsvertrag der KCA GmbH vom 28. Januar 1993 vor.

Wegen der weiteren Einzelheiten der vorgenannten Unterlagen und des Vorbringens der Be-teiligten wird auf den Inhalt der gerichtlichen Verfahrensakte mit den SchriftsÄxtzen nebst An-lagen sowie den Inhalt der vom Gericht beigezogenen Verwaltungsakte der Beklagten verwie-sen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Klage ist unbegründet.

Der Bescheid vom 15. November 2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 26. März 2003 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten (vgl. § 54 Abs. 2 Satz 1 SGG).

Die Kl \tilde{A} ¤gerin hat keinen Anspruch auf Feststellung von Zeiten der Zugeh \tilde{A} ¶rigkeit zur zus \tilde{A} ¤tzli-chen Altersversorgung der technischen Intelligenz nach Nr. 1 der Anlage 1 zum Anspruchs- und Anwartschafts \tilde{A} ½berleitungsgesetz (AA \tilde{A} \Box G) gem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \Box \tilde{A} § 8 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 und 2 AA \tilde{A} \Box G.

Das $AA\tilde{A} G$ ist nach \hat{A} 1 Abs. 1 $AA\tilde{A} G$ auf die $KI\tilde{A}$ gerin nicht anwendbar. Da die $KI\tilde{A}$ gerin in der streitigen Zeit weder in einem volkseigenen Produktionsbetrieb noch in einem diesem gleichgestellten Betrieb besch \tilde{A} ftigt war, besteht zwischen ihr und der Beklagten kein Versor-gungsrechtsverh \tilde{A} ltnis, $f\tilde{A}$ welches das $AA\tilde{A} G$ Geltung beanspruchen \tilde{A} nnte.

1. Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 AAà G gilt das AAà G für Ansprüche und Anwartschaften, die auf Grund der Zugehörigkeit zu Zusatz- und Sonderversorgungssystemen (Versorgungssysteme) im Beitrittsgebiet erworben worden sind und bei Inkrafttreten dieses Gesetzes am 01. August 1991 bestanden. War ein Verlust der Versorgungsanwartschaft deswegen eingetreten, weil die Regelungen des Versorgungssystems diesen Verlust bei einem Ausscheiden vor dem Leis-tungsfall vorsahen, gilt dieser Anwartschaftsverlust nach § 1 Abs. 1 Satz 2 AAÃ G als nicht eingetreten.

Geht man vom Wortlaut des § 1 Abs. 1 AAÃ\(\sigma\) aus, erf\(\tilde{A}\)\(^1\) lit die Kl\(\tilde{A}\)\(^2\) gerin weder den Tatbestand nach Satz 1 noch den nach Satz 2. Eine im Sinne von Artikel 19 Einigungsvertrag bindende Einzelfallregelung, durch die der Kl\(\tilde{A}\)\(^2\) gerin eine Versorgungsanwartschaft zuerkannt worden sein k\(\tilde{A}\)\(^1\)nnte (Versorgungszusage, Einzelfallentscheidung, Einzelvertrag), lag nicht vor. Die Kl\(\tilde{A}\)\(^2\) gerin war auch nicht auf Grund einer sp\(\tilde{A}\)\(^2\)teren Rehabilitierungsentscheidung in das Ver-sorgungssystem der technischen Intelligenz einbezogen worden. Schlie\(\tilde{A}\)\(^1\)lich hatte die Kl\(\tilde{A}\)\(^2\) gerin vor dem 30. Juni 1990 keine Rechtsposition inne, die sie h\(\tilde{A}\)\(^2\)tere verlieren k\(\tilde{A}\)\(^1\)nnen.

2. Bei Personen, die am 30. Juni 1990 nicht einbezogen waren, ist nach ständiger Rechtspre-chung des Bundessozialgerichts (BSG) § 1 Abs. 1 AAÃ□G erweiternd verfassungskonform auszulegen (vgl. Urteile des BSG in SozR 3-8570 § 1 Nr. 2 S. 12 f., Nr. 3 S. 20, Nr. 4 S. 26 f., Nr. 5 S. 32, Nr. 6 S. 39, Nr. 7 S. 59, Nr. 8 S. 73). Danach ist zu prù¼fen, ob die Nichteinbezo-genen nach der am 30. Juni 1990 gegebenen Sachlage einen (fiktiven) Anspruch auf Erteilung einer Versorgungszusage gehabt hätten. Diese Prù¼fung ist anhand der Rechtslage am 01. Au-gust 1991 vorzunehmen. Ob ein solcher fiktiver bundesrechtlicher Anspruch auf Erteilung einer Zusage besteht, hängt von der Ausgestaltung der zu Bundesrecht gewordenen leistungs-rechtlichen Regelungen der Versorgungssysteme ab.

Die Voraussetzungen für die (bundesrechtlich fiktive) Einbeziehung in die zusätzliche Alters-versorgung der technischen Intelligenz (AVItech) ergeben sich aus den Texten der Verord-nung über die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (VO-AVItech) vom 17. August 1950 (GB1. DDR I Nr. 93 S. 844) und der hierzu erlassenen Zweiten Durchführungsbestimmung zur VO-AVItech (2. DB zur VO-AVItech) vom 24. Mai 1951 (GB1. DDR Nr. 62 S. 487). Dabei kommt es für das

Sprachverständnis auf den staatlichen Sprachgebrauch der DDR grundsätzlich am 02. Oktober 1990 an, welchem der Bundesgesetzgeber sich angeschlossen hat.

GemÃxÃ $\$ § 1 VO-AVItech i.V.m. § 1 Abs. 1 Satz 1 der 2. DB zur VO-AVItech hÃxngt ein An-spruch auf Einbeziehung von drei (persÃ $\$ nlichen, sachlichen und betrieblichen) Voraussetzun-gen ab. Generell war dieses System eingerichtet fÃ $\$ r Personen, die berechtigt waren, eine be-stimmte Berufsbezeichnung zu fÃ $\$ hren, und die eine entsprechende TÃxtigkeit tatsÃxchlich aus-geÃxhbt haben, und zwar in einem volkseigenen Produktionsbetrieb im Bereich der Industrie oder des Bauwesens (vgl. Urteile des BSG in SozR 3-8570 § 1 Nr. 2 S. 14, Nr. 5 S. 33, Nr. 6 S 40 f., Nr. 7 S. 60, Nr. 8 S. 74).

Zwar gehörte die Klägerin zum Personenkreis, der in den Anwendungsbereich der VO-AVItech fäIlt, weil sie aufgrund ihrer Ausbildung berechtigt war, den Titel eines Technikers und den eines Ingenieurs (letzteren nach der Verordnung ýber die Fþhrung der Berufsbezeich-nung Ingenieur vom 12. April 1962, GBI. DDR II S. 278) zu fþhren und ausgehend von der beruflichen Qualifikation grundsätzlich in das Versorgungssystem der technischen Intelligenz hätte aufgenommen werden können. Nach § 1 Abs. 1 der 2. DB zur VO-AVItech gelten als Angehörige der technischen Intelligenz Ingenieure, Konstrukteure, Architekten etc.

Ihr (bundesrechtlich fiktiver) Anspruch auf Erteilung einer Versorgungszusage scheitert je-doch unabhĤngig von der Frage, ob die KlĤgerin eine der VO-AVItech entsprechende TĤtig-keit ausļbte, daran, dass sie am 30. Juni 1990 weder in einem volkseigenen (Produktions-) Betrieb noch in einem gleichgestellten Betrieb beschĤftigt war.

Entgegen ihrer Auffassung war die Klägerin am 30. Juni 1990 nicht im VEB CLG, der dem VEB KCA als Kombinat þbergeordnet war, beschäftigt. Der VEB KCA war nicht unselbstän-diger Bestandteil des VEB CLG, sondern in das Register der volkseigenen Wirtschaft einge-tragen und als Kombinatsbetrieb des VEB CLG juristisch selbständig (vgl. hierzu §Â§ 1 Abs. 2 Nr. 2, 4 Abs. 1 Nr. 8 der Verordnung þber die Fþhrung des Registers der volkseigenen Wirt-schaft vom 10. April 1980, GBl. DDR I S. 115, wonach Kombinatsbetriebe der Eintragungspflicht unterlagen und der Beginn der Rechtsfähigkeit in das Register einzutragen war). Aus-weislich des Arbeitsvertrages vom 20. Mai 1981 und des Ã□nderungsvertrages vom 15. Juni 1989 bestand jedenfalls zu diesen Zeiten ein Beschäftigungsverhältnis zwischen der Klägerin und dem VEB KCA. Am 30. Juni 1990, dem maÃ□geblichen Zeitpunkt, könnte sie nach den widersprþchlichen Stempeln im SV-Ausweis im VEB KCA oder in der Linde KCA GmbH beschäftigt gewesen sein.

Der VEB KCA war entgegen der ursprünglich von der Beklagten vertretenen Auffassung am 30. Juni 1990 nicht bereits erloschen. Dies ergibt sich zweifelsfrei aus den vorliegenden Un-terlagen. Zwar war in das Register der volkseigenen Wirtschaft (110-12-862) unter der lau-fenden Nummer 22 ein Vermerk eingetragen worden, wonach der VEB KCA mit Wirkung vom 19. Juni 1990 seine Rechtsfähigkeit von Amts wegen beendet hat. Unter der laufenden Nummer 23

war dieser Vermerk jedoch am 30. März 1993 gelöscht worden. Das Amtsgericht Dresden hat in seiner Auskunft vom 22. Juli 2003 dazu treffend festgestellt, dass der Vermerk unter der laufenden Nummer 22 fälschlich eingetragen wurde. Der VEB KCA ist erst sehr viel später in die KCA GmbH umgewandelt worden, was sich aus der Eintragung der KCA GmbH in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg in Berlin (HR B 47015) vom 03. Mai 1993 ergibt.

Wenngleich der VEB KCA am 30. Juni 1990 nicht erloschen war, ist die Kammer auf Grund der vorliegenden Unterlagen zu der Ä\[]berzeugung gelangt, dass die Kl\[A\]\[\text{xgerin am 30. Juni 1990 nicht mehr im VEB KCA, sondern in der Linde KCA GmbH besch\[A\]\[\text{xfligt war. Dabei verkennt die Kammer nicht, dass vor dem 30. Juni 1990 kein Arbeitsvertrag zwischen der Kl\[A\]\[\text{xgerin und der Linde KCA GmbH geschlossen wurde. Die besonderen Umst\[A\]\[\text{xmde der Gr\[A\]\]\[\text{4ndung der Lin-de KCA GmbH zwingen jedoch zu dem Schluss, dass die Kl\[A\]\[\text{xgerin am 30. Juni 1990 aus-schlie\[A\]\[\text{lich in der Linde KCA GmbH besch\[A\]\[\text{xfligt war. Aus den vorliegenden Unterlagen ergibt sich n\[A\]\[\text{xmlich, dass der VEB KCA ab dem 25. April 1990, null Uhr, nicht mehr produziert, sondern nur noch Grundst\[A\]\[\text{4cke gehalten hat. Die Produktion erfolgte ab diesem Zeitpunkt aus-schlie\[A\]\[\text{lich in der Linde KCA GmbH, so dass die Kl\[A\]\[\text{xgerin auch nur dort ihrer Besch\[A\]\[\text{xfligung nachgegangen sein konnte.}

Diese Anberzeugung der Kammer beruht auf folgenden Erwägungen: Ausweislich des Berichts der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft errichteten die VEB CLG und die Linde AG am 25. April 1990 die Linde KCA GmbH. Mit notariellem Einbringungsvertrag vom selben Tag wurde vereinbart, dass mit Stichtag 25. April 1990, null Uhr, der wirtschaftlich selbstĤndige Betrieb der KCA als Sacheinlage in die Linde KCA GmbH eingebracht und ab diesem Zeitpunkt für Rechnung der neuen Gesellschaft gefļhrt werden sollte. Folgerichtig deckt sich der Einbringungsstatus des Betriebes KCA zum 25. April 1990 weitestgehend mit der ErA¶ffnungsbilanz der Linde KCA GmbH zum 25. April 1990. Weiter wurde vereinbart, dass die Linde KCA GmbH ihren Sitz in Dresden, Ernst-Thälmann-StraÃ∏e 25-29 haben sollte. Der Sitz der Linde KCA GmbH war damit identisch mit dem Sitz des VEB KCA. Laut DM-Eröffnungsbilanz zum 01. Juli 1990 war die Linde KCA GmbH alleiniger RechtstrĤger und damit nachweislich alleiniger Eigentļmer des Geschäftsgebäudes Ernst-Thälmann-StraÃ∏e 25-29. In der DM-Eröffnungsbilanz wird zudem ausgeführt, dass am 01. Juli 1990 1112 Arbeitnehmer beschĤftigt waren.

Da der Betrieb KCA einschlieÄ lich seiner GebÄ ude und seines Personals in die Linde KCA GmbH eingebracht worden ist, konnte im VEB KCA keine Produktion mehr stattfinden. Die Eintragung der Linde KCA GmbH in das Handelsregister beim Amtsgericht Dresden (HR B 1518) erfolgte am 19. Juni 1990. SpÄ testens ab diesem Zeitpunkt wurde in dem VEB KCA nicht mehr produziert, da der "Betrieb KCA" in der Linde KCA GmbH aufgegangen war.

Dass die RechtsfĤhigkeit des VEB KCA zu diesem Zeitpunkt nicht endete, beruhte allein auf einer Besonderheit in der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR vom 25. Januar 1990, GBI. DDR I Nr. 4 S. 16 (nach-folgend Jointventure-Verordnung

genannt). Nach § 17 Abs. 2 der Jointventure-Verordnung konnte Boden von Beteiligten der DDR nur zur Nutzung in ein Unternehmen mit auslĤndi-scher Beteiligung in der DDR eingebracht werden. Damit war sichergestellt, dass Grundstücke allein "in Händen der DDR" blieben und nicht in das Eigentum von Unternehmen mit auslän-discher Beteiligung übergehen konnten. Da der VEB KCA nicht einschlieÃ□lich des "Bodens" in die Linde KCA GmbH eingebracht werden konnte, musste der VEB KCA zum Zwecke des Haltens der Grundstücke weiterbestehen.

Die vorliegenden Unterlagen A¼ber die GrA¼ndung der KCA GmbH bestAxtigen, dass der VEB KCA nach GrÃ1/4ndung der Linde KCA GmbH den Zweck hatte, die Grundstücke zu halten und, sobald dies rechtlich möglich war, an die Linde KCA GmbH zu übertragen. Nach § 2 des Ge-sellschaftsvertrags der KCA GmbH vom 28. Januar 1993 ist Gegenstand des Unternehmens in Erfüllung des Anspruches der Linde KCA GmbH gemäÃ∏ dem Jointventure-Vertrag vom 25. April 1990 die Eigentumsýbertragung der auf sie übergegangenen Grundstücke an die Linde KCA GmbH. Unter Anlage 4 findet sich eine Aufstellung von Grundstücken, die vom Rechtsnachfolger des VEB KCA, der KCA GmbH dem Jointventure Linde KCA GmbH zu übereignen sind. Im Gründungsbericht der KCA GmbH vom 04. Dezember 1992 wurde zu-dem ausgeführt, dass die KCA GmbH nach den Eigentumsübertragungen vermögenslos sein und im Handelsregister gelöscht werden wird. Unter Tagesordnungspunkt 3 der Niederschrift über die auà erordentliche Gesellschafterversammlung der KCA GmbH vom 22. Dezember 1992 findet sich der Hinweis auf § 17 Abs. 2 der Joint-Venture-Verordnung, wonach lediglich das Nutzungsrecht, nicht aber das Eigentum auf die Linde KCA GmbH übertragen werden konnte und der VEB KCA Rechtsträger des Grund und Bodens geblieben war.

Aus den vorgenannten Gründen besteht der begehrte Anspruch auf Feststellung von Zusatz-versorgungszeiten nicht. Ein fiktiver bundesrechtlicher Anspruch auf Erteilung einer Versor-gungszusage scheitert daran, dass die Klägerin am 30. Juni 1990 nicht in einem volkseigenen Produktionsbetrieb oder in einem diesem gleichgestellten Betrieb beschäftigt war, sondern in der Linde KCA GmbH, in die der vormalige Beschäftigungsbetrieb KCA eingebracht worden war.

3. Die KlĤgerin kann auch nicht mit der Begründung eine Einbeziehung beanspruchen, die Beklagte hätte im Falle ehemaliger Kollegen die Zugehörigkeit zur AVItech anerkannt, da, soweit diesen Entscheidungen tatsächlich vergleichbare Sachverhalte zu Grund gelegen haben und Ã⅓berhaupt Entscheidungen zur Anwendbarkeit des § 1 Abs. 1 AAÃ□G getroffen worden sind, eine vom Gesetz nicht getragene und damit rechtswidrige Entscheidung vorliegen wÃ⅓r-de. Auf eine entsprechende rechtswidrige Entscheidung hat die Klägerin jedoch keinen An-spruch, da Art. 3 Abs. 1 GG gerade eine Gleichbehandlung im Unrecht nicht gewährleisten will, schon gar nicht dann, wenn im Zeitpunkt der Entscheidung Ã⅓ber den Antrag der Klägerin die insoweit rechtswidrige Verwaltungspraxis bereits aufgegeben war (vgl. BSG, Beschluss v. 09. Dezember 1999, Az: B 9 V 61/99 B, Urteil vom 09. November 1999, Az: B 4 RA 54/98 R).

Nach alledem war die Klage abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 SGG</u>.

Erstellt am: 04.11.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024